



BI-Allianz P53
 c/o Markus Reuter
 Zur Schwärz 19
 90559 Burgthann/Ezelsdorf
 +49 151 626 206 74
 E-Mail: info@bi-allianz-p53.org
www.bi-allianz-p53.org

Burgthann, 30. Juni 2020

Technische Universität Berlin
 Fachgebiet Wirtschafts- und
 Infrastrukturpolitik (WIP), Sekretariat H 33,
 z. Hd. Prof. Dr. Christian von Hirschhausen
 Straße des 17. Juni 135

10623 Berlin

E-Mail: cvh@wip.tu-berlin.de

Bitte um Stellungnahme zu dem Wechselstrom-Ersatzneubau „Juraleitung“

Projekt P53: Netzverstärkung und -ausbau zwischen Raitersaich, Ludersheim, Sittling und Altheim,
 M54: Raitersaich – Ludersheim und M350: Ludersheim – Sittling – Altheim

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. von Hirschhausen,

wir wandten uns mit unserem Anliegen zunächst an Ihre Kollegin Prof. Dr. Claudia Kemfert vom DIW,
 die uns jedoch umgehend an Sie verwies.

Bitte nehmen Sie vorab unseren Dank für Ihre aufrüttelnden und aufklärenden öffentlichen
 Verlautbarungen zur Verteidigung der Energiewende entgegen.

Wir schätzen den Einsatz von Frau Prof. Claudia Kemfert und Ihnen sehr, um Klarheit und
 wissenschaftliche Expertise sowie Professionalität in die Diskussion um die Energiewende zu bringen.

Dennoch bleiben im lokalen Kontext Anwendungs- und Interpretationsfragen zurück, die wir heute an
 Sie gerne herantragen möchten. Im Folgenden stellen wir uns zunächst kurz vor, bevor wir unser
 Anliegen und daran anschließend konkrete Fragestellungen formulieren, um deren Beantwortung wir
 Sie herzlich bitten.

Wer wir sind – was wir wollen

Die BI-Allianz P53 ist ein Verbund von derzeit 16 Bürgerinitiativen, Interessengemeinschaften und Vereinen vom mittelfränkischen Raitersaich bei Nürnberg bis nach Dietfurt in der Opferpfalz entlang einer innerbayerischen 220 kV-Wechselstromtrasse, der sog. Juraleitung bzw. dem Projekt P53. Ziel der Bundesnetzagentur ist die gesetzlich bereits beschlossene Aufrüstung der inzwischen 80 Jahre alten Leitung von 220 kV auf 380 kV mit einer damit verbundenen Erhöhung der medizinisch kritischen Stromstärke um mehr als den Faktor 6 auf 4.000 Ampere. Es handelt sich somit um keinen Neusondern um einen Ersatzneubau „in bestehender Trasse“, wobei „Trasse“ bzw. die Breite und Tiefe des Untersuchungsraumes weder ein vom Netzbetreiber noch von den Raumordnungsbehörden hinreichend definierter Begriff ist. Da die alte Leitung erst abgeschaltet und demontiert wird, wenn der Ersatzneubau ans Netz angeschlossen wurde, kann naturgemäß der Ersatzneubau nicht exakt denselben Verlauf nehmen wie die Alt-Leitung.

Unser Ziel ist die konsequente Einhaltung der auch vom ECOLOG-Institut medizinisch angeratenen und auch vom Bundesamt für Strahlenschutz empfohlenen Mindestabstände von 400 m für Freileitungen in der Trassenplanung zu Gunsten der Wohnbevölkerung durchzusetzen, ohne neue medizinische Betroffenheit anderenorts zu produzieren (Kein St. Florian-Prinzip). Dies schließt auch die Einhaltung eines Mindestabstandes zu Erdkabeln mit ein, der medizinisch bedingt lt. ECOLOG immer noch mind. 100 m einnehmen sollte. Zur Vermeidung neuer Waldschneisen und als Kompromiss für Regionen mit hoher Wohnraumdichte treten wir in unseren Landkreisen für die großflächige Überspannung von Waldgebieten, wie z.B. in Hessen ein. Wir stehen für einen gemeinde- und landkreisübergreifenden Lösungsansatz, der die beiden Schutzgüter Mensch & Natur in den Mittelpunkt stellt. Hierzu suchen wir den Kontakt und Dialog zur Kommunal-, Landes- und Bundespolitik, Ämtern, Behörden und Ministerien sowie dem Netzbetreiber TenneT und dessen Dienstleistern. Wir planen keine Trassenführungen, aber wir legen den Finger in die offensichtlichen Planungsfehler der von TenneT beauftragten externen Ingenieurbüros und Planungsdienstleister.

Die aktuelle Leitung mit 220 kV verläuft durch die südliche Metropolregion Nürnberg und kommt tausendfach der dortigen Wohnbevölkerung viel zu nahe bzw. ließen mancherorts verantwortungs- bzw. ahnungslose Kommunalpolitiker es zu, dass in den letzten 8 Jahrzehnten viel zu nahe an der Leitung Bauland ausgewiesen wurde. Die kommunale Fahrlässigkeit gepaart mit gesellschaftlicher Uninformiertheit über die medizinischen Risiken solcher Leitungen darf man den Menschen nicht infamer Weise vorwerfen und nun gegen sie verwenden (was aber derzeit geschieht).

Das gilt ganz besonders für die Wohnbevölkerung in Ortschaften mit Umspannwerken, die wie im Fall der Juraleitung in Raitersaich VOR dem Umspannwerk dort bereits siedelte. Das Umspannwerk wurde Mitte der 70er Jahre unmittelbar direkt an die Wohnbebauung herangebaut. Der Netzbetreiber hat erst vor kurzem seine jahrelange Weigerung aufgegeben das Umspannwerk von der Wohnbebauung zu verschieben. Das lässt hoffen, dass inzwischen auch Argumente der Wohnbevölkerung an die Entscheider durchdringen. Wird es für die Bevölkerung entlang der Leitungstrasse auch Entlastungen geben, ohne dass neue medizinische Betroffenheiten andernorts geschaffen werden?

Wir vernehmen seit vielen Monaten auf diversen Veranstaltungsformaten und Medienberichten die aus unserer Perspektive leichtfertig dahingesagten und mäßig differenzierenden öffentlichen Parolen zur Juraleitung. Wir sind keine Trassenbefürworter, wollen aber die Diskussion um die Juraleitung versachlichen und streben nach einer stichhaltigen und geordneten Argumentation, bei der auch die Wohnbevölkerung entlang der bestehenden Leitung fairerweise hinreichend Berücksichtigung findet.

Auch die Bevölkerung entlang der bestehenden Trasse repräsentiert Menschen, die die Politik, aber auch die Wissenschaft nicht aufzugeben hat.

Das Ziel muss sein, in solidarischer Weise das Problem Juraleitung einer regionalen Gesamtlösung zuzuführen. Leider haben wir nicht mehr viel Zeit dazu und wie uns scheint, gibt es auch keinen hinreichenden bundes- und landespolitischen Willen zu einer landkreisübergreifenden Gesamtlösung OHNE erneute medizinische Betroffenheit. Die organisierten „Lautsprecher“ scheinen im Rahmen ihrer St. Florian-Philosophie Kollateralschäden bei der Bestandsbevölkerung bewusst in Kauf nehmen zu wollen.

Wir haben uns dafür entschieden, der Bevölkerung keinen Sand in die Augen zu streuen und keine Hoffnung zu verbreiten, wo bei genauer Analyse keine ist. Wir wehren uns gegen Tendenzen der Gemeindespaltung und der Dialogverweigerung, wie sie derzeit in unserer Region aktiv betrieben wird. Die Situation der P53 ist speziell und mit der anderer Leitungsprojekte nicht ohne Abstriche zu vergleichen. Warum ist diese Spaltung so gefährlich? Weil der Bundesnetzagentur und dem Netzbetreiber TenneT gar nichts Besseres passieren kann, als wenn sich betroffene Kommunen und ihre Bürger untereinander uneins sind und gegenseitig in Stellung gehen.

Mit der letzten NABEG-Novelle hat sich Berlin sogar bei rein innerbayerischen Leitungen eine Ermächtigung gegeben zentral in die Landesraumordnung einzugreifen, wenn zu befürchten steht, dass diese negativ den Ausbau anderer landesübergreifender Leitungen gefährden könnte. Durch die Netzarchitektur des Stromnetzes und dem n-1-Prinzip ist diese Argumentation jederzeit abruf- und einsetzbar. Je höher der Zeitdruck (an dem TenneTs Management auch seinen Anteil hat), desto wahrscheinlicher wird am Ende ein Trassenverlauf, aus dem nur Verlierer hervorgehen. Unser Ziel ist jedoch sicherzustellen, dass bei allen TenneT-Trassenvarianten entgegen dem St. Florian-Prinzip keinerlei „medizinische Betroffenheit“ ausgelöst wird.

Unser heutiges Anliegen

Wir benötigen Ihre wissenschaftliche Urteilskraft in einer fachlichen Auseinandersetzung, die wir wiederholt mit anderen Interessengruppen führen, die die Aufrüstung bzw. Modernisierung der Bestandsleitung P53 („Juraleitung“) kategorisch ablehnen und für die Energiewende nicht nur überflüssig, sondern auch als hinderlich erklären.

Unseres Erachtens ist das Thema Juraleitung sehr vielschichtig und es gehören mehr Aspekte zu diskutieren, als dass man sie pauschal unter dem Begriff des überdimensionierten Netzausbaus subsumieren kann.

Vorneweg, auch wir haben Zweifel am gegenwärtigen Netzausbau, aber wieviel und welcher Netzausbau ist wissenschaftlich gerechtfertigt im spezifischen Kontext der jeweiligen Leitung? Wir erhofften uns konkrete Antworten in den diversen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu finden und waren dann doch überrascht, darin keine Ablehnung der Modernisierung der Juraleitung zu finden, wenngleich sich vor allem die „lauten“ Interessengruppen stets auf dieselben Veröffentlichungen beriefen. Die Kritik der Wissenschaft konzentriert sich nach unserer Wahrnehmung in allererster Linie auf die Neubauten. Die Ersatzneubauten (wie die Juraleitung) sollen ganz im Widerspruch zu der Interessenlage einzelner lokaler Gruppen entsprechend des NOVA-Prinzips aufgerüstet werden. Die Wissenschaft scheint gerade in der Aufrüstung von Drehstrom-Bestandsleitungen vielmehr einen notwendigen Lösungsansatz zur Verhinderung der Gleichstrom-Neubauten zu sehen.

Im Kern der regionalen Auseinandersetzung geht es also um die Deutungshoheit, ob eine bereits 80 Jahre alte Bestandsleitung auf den technischen Standard von 380 kV gehoben werden darf, ohne dadurch das Ziel der Energiewende mit ihren vorrangig dezentralen Energieerzeugungsstrukturen zu gefährden. Das Bündnisziel der BI-Allianz P53 ist es jedoch nicht die ohnehin anstehende Modernisierung einer **Bestandsleitung** zu „verhindern“, sondern dabei grundsätzlich die konsequente Einhaltung von Mindestabständen (400m Freileitung | 100m Erdkabel) zwischen Wohnbevölkerung und Höchstspannungsleitung sicherzustellen. Dafür werden wir von den „lauten“ Interessengruppen jedoch kritisiert, da wir die Modernisierung der Leitung nicht kategorisch ablehnen, sondern nur deren möglichen wohnbevölkerungs- und naturunverträglichen Verlauf.

Sicherlich fordern wir ebenfalls die „neutrale“ Überprüfung des Ausbau- und Erneuerungsbedarfes und wären die ersten, die Beifall klatschen, würde die Juraleitung als komplett überflüssig eingestuft und demzufolge abgebaut. Wir sind also keine Trassenbefürworter, eher „Realos“, die die Grenzen des politisch Durchsetzbaren versuchen vernünftig einzuschätzen. Wir distanzieren uns von den Protagonisten „fundamentaler“ Strömungen des Trassenprotestes die partout nicht gewillt sind, sachlich einen zwischen Neubau und Ersatzneubau differenzierenden Argumentationsstrang zu entwickeln sondern stattdessen mit stark verkürzten Botschaften neben den politischen Rahmenbedingungen auch die (medizinischen) Konsequenzen zu Lasten der Bestandsbevölkerung in fahrlässiger Weise ausblenden und diese öffentlich auch noch diffamieren („Die sind ja selber schuld, wenn sie dort wohnen.“)

In dem Buch von Frau Prof. Dr. Claudia Kemfert „Das fossile Imperium schlägt zurück“ (2017), führt sie treffend auf Seite 62 aus, „[a]nders als früher angenommen brauchen wir keinen weiteren Ausbau der Netze. ... Die heutigen Berechnungen zeigen: Die Übertragungsnetze reichen in der jetzigen Größenordnung aus. Ein Netzausbau schadet angesichts der veralteten Netze und der Strommengen nicht, aber die heutigen Kapazitäten reichen schon jetzt aus, um die erneuerbare Energie in alle Ecken Deutschlands zu transportieren.“

„Ein Netzausbau schadet angesichts der veralteten Netze und der Strommengen nicht, ...“

Genau an dieser Stelle wünschen wir uns eine stärkere Differenzierung der Aussage von Frau Prof. Kemfert, da sich die bereits heute vom aktuellen Trassenverlauf betroffene Wohnbevölkerung fragt, was mit den „veralteten“ Netzen denn nun passieren soll? Plädiert Sie nun dafür, dass diese nicht modernisiert werden sollen (da die jetzigen Größenordnungen ja ausreichen) oder bezieht sich ihre Aussage weniger auf die Übertragungskapazität, sondern vielmehr auf die Anzahl NEUER Leitungen?

Weiter unten in ihrem Buch führt sie ferner aus: „Dabei dienen zwei von drei neuen Stromtrassen nicht der Energiewende, sondern dem Transport von Energie aus konventionellen Quellen - ...“. Wir haben somit den Eindruck, dass sich ihre obige Aussage vor allem auf den **NEUBAU** von Stromleitungen bezieht.

Somit erscheint uns der Ersatzneubau von wissenschaftlicher Seite nicht zur Disposition zu stehen.

Nun unsere konkreten Fragen, zu deren Beantwortung wir von Prof. Dr. Kemfert an Sie verwiesen wurden:

- Welchen Standpunkt nehmen Sie bei einem **ERSATZNEUBAU** wie der Juraleitung ein, wenn deren Kapazität verzehnfacht, die Spannung von 220 kV auf 380 kV erhöht und demzufolge sich die medizinisch kritische Stromstärke um den Faktor > 6 erhöhen wird?
- Lehnen Sie die Modernisierung einer 80 Jahre alten Leitung ab, wenn damit gleichzeitig eine Kapazitätserhöhung einherginge?
- Halten Sie es für realistisch, Netzbetreiber (und vor allem die Politik) durch Protest dazu zu bewegen, auf einem inzwischen (angeblich) überholten 220 kV-Industriestandard bei der Modernisierung einer Bestandsleitung zu verbleiben?
- Teilen Sie unsere Erwartung, dass gerade die Politik bereits bestehende Übertragungsreserven auch weiterhin erhalten möchte? – vor allem wenn die Leitung in großer regionaler Nähe zu den Irschinger Gaskraftwerken verläuft, die zur Deckung fehlender Spitzenlast bis auf weiteres als Brückentechnologie gehandelt werden?
- Können Sie uns Ihren Standpunkt mitteilen, ob modernisierte innerbayerische Bestandsleitungen im Wechselstrom-Höchstspannungsbereich notwendig sind, um dezentral erzeugte Stromüberschüsse auch innerhalb Bayerns schnell zu den Bedarfszentren zu transportieren – Fakt oder Fake? (= u.a. eine öffentliche Aussage des Netzbetreibers TenneT)?
- Subsumieren Sie „überalterte“ End-of-Life-Ersatzneubauten unter **Netzoptimierung** oder unter **Ausbau** im Rahmen des NOVA-Prinzips? Wenn wir Frau Prof. Kemfert richtig verstanden haben, ist sie Befürworterin dieses Prinzips. Ist der Begriff des „Netzausbaus“ in ihren Aussagen somit ausschließlich für den Neubau bislang nichtexistierender Höchstspannungsleitungen reserviert?
- Sollte eine neutrale Instanz nachweisen, dass in der Tat der derzeit geplante Trassenausbau überdimensioniert ist, würden Ihres Erachtens eher geplante Neubauten bislang nichtexistierender Leitungen (z.B. Südlink, Süd-Ost-Link, etc.) oder Ersatzneubauten bereits bestehender Höchstspannungsleitungen aufgegeben? Dieselbe Frage stellten wir bereits dem bayerischen Wirtschaftsminister, Herrn Hubert Aiwanger. Dieser antwortete: „Dann wird wohl der Druck auf die Juraleitung als Ersatzneubau zunehmen.“ Wie stehen Sie zu seiner Aussage?

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie mit uns in den Dialog zur Causa Juraleitung einsteigen. Wir sind gerne bereit unsere Ziele und Standpunkte auch kritisch hinterfragen zu lassen und begrüßen einen lebhaften Informations- und Meinungsaustausch in diesem generationenübergreifenden und für unsere Region mit tiefgreifenden Begleiterscheinungen verbundenen Infrastrukturprojekt.

Weitere Standpunkte und umfanglichere Begründungen unserer Argumentation finden sich in unserer ebenfalls diesem Schreiben beigefügten Stellungnahme zum NEP/SUP 2030, Version 2019, 2. Entwurf:



Stellungnahme NEP
und Umweltbericht

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads 'Markus Reuter'.

Markus Reuter
Sprecher der **BI-Allianz P53**

Zur Schwärz 19
90559 Burgthann
E-Mail: info@bi-allianz-p53.org
www.bi-allianz-p53.org
Mobil: +49 151 626 206 74

Die Unterzeichnung erfolgt mit Zustimmung der Sprecher von 16 Bürgerinitiativen, Interessensgemeinschaften und Bürgervereinen, die ihre Interessen in der BI-Allianz P53 gemeinde- und landkreisübergreifend koordinieren.

- BI Raitersaich | Clarsbach
- BI P53 Schwabach
- BI P53 Katzwang
- Bürgerverein Kornburg
- BI Limbach
- Verein zum Schutz des Rednitztals e.V.
- IG Schwanstetten
- IG Wendelstein
- BI Schwarzenbruck
- BI Winkelhaid
- BI Schwarzenbach
- BI Ezelsdorf unter Strom
- BI Postbauer-Heng
- BI Berg
- BI Ellmannsdorf | Hofen - keine Mehrbelastung durch die Juraleitung
- BI Dietfurt a. d. Altmühl für Schutzgut Mensch & Natur